

NACHRICHTEN

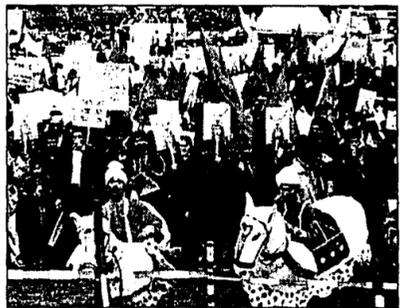
Stärkere Beteiligung am Friedensprozess

BETHLEHEM: Palästinenserpräsident Jassir Arafat hat die Europäische Union (EU) zu stärkerer Beteiligung am Friedensprozess im Nahen Osten aufgefordert. Die europäische Beteiligung an palästinensischen Investitionsvorhaben sei unerlässlich. Arafat traf sich am Montag mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok zum Gespräch in Bethlehem. Der niederländische Gast erhielt aus den Händen des Palästinenserpräsidenten die Bethlehem 2000-Medaille. Kok besuchte am zweiten und letzten Tag seiner Reise die Sehenswürdigkeiten von Bethlehem und das Flüchtlingslager Deheische am Rande der palästinensischen Stadt.

Vergewaltigung – ein Kriegsverbrechen

STRASSBURG: Der Europarat will die Vergewaltigung in bewaffneten Konflikten als Kriegsverbrechen ächten. Die 41 Mitgliedsregierungen der Staatenorganisation sollten entsprechende Schritte einleiten. Dies beschloss der Rat am Montag in Strassburg. In einem zweiten Bericht forderte die Versammlung rechtliche Massnahmen zur Bekämpfung der allgemeinen Gewalt gegen Frauen. Vergewaltigung in der Ehe sollte in allen Europaratsländern als Straftat eingestuft werden. In den letzten zehn Jahren habe die Gewalt gegen Frauen deutlich zugenommen, hiess es in dem Bericht der Parlamentarier. In Europa würden je nach Land zwischen 20 bis über 50 Prozent der Frauen Opfer häuslicher Gewalt.

Mehrere Tausend Tamilen demonstrieren



GENÈVE: Rund 6000 Tamilen haben am Montag in Genf gegen die Regierung Sri Lankas demonstriert. Kundgebungsteilnehmer lancierten einen Appell an die UNO-Menschenrechtskommission, die noch bis zum 28. April in Genf tagt. Die Tamilen, die aus der Schweiz und Europa anreisen, marschierten vom Bahnhof aus vor das UNO-Gebäude. Mehr als 60 000 Zivilisten seien in Sri Lanka seit Beginn des Bürgerkriegs von Regierungstruppen getötet worden, erklärten Vertreter der internationalen Tamilen-Föderation (FIT). Die Demonstranten denunzierten «Massen-Verhaftungen, Inhaftierungen ohne Prozess sowie Morde von Angehörigen der tamilischen Minderheiten» in Sri Lanka. Im Norden und Osten der Insel seien Massengräber gefunden worden. Die UNO-Menschenrechtskommission wurde aufgefordert, die «Kriegsverbrechen» der srilankischen Regierung zu verurteilen. Die Schweiz und andere europäische Regierungen wurden aufgefordert, keine abgewiesenen tamilischen Asylbewerber in ihre Heimat zurückzuschicken.

UNO will Zahl der Armen halbieren

NEW YORK: Mit einem neuen Aktionsplan wollen die Vereinten Nationen die Zahl der Armen weltweit bis zum Jahr 2015 halbieren. UNO-Generalsekretär Kofi Annan legte den Plan am Montag in New York vor. Der Bericht unter dem Titel «Wir, die Menschen: Die Rolle der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert» soll als Grundlage für den «Millenniumsgipfel» dienen, zu dem Staatsoberhäupter und Regierungschefs aller 188 UNO-Mitgliedsstaaten vom 6. bis 8. September in New York zusammenkommen. «Die besondere Herausforderung ist es, aus der Globalisierung mehr als nur grössere Märkte zu machen», erklärte Annan der UNO-Vollversammlung bei der Vorlage seines Berichts. «Wir müssen lernen, besser zu regieren und vor allem mehr zusammen zu regieren.» Zu den Vorschlägen gehört ein «UN Information Technology Service», eine Initiative freiwilliger Informatiker, die die Bevölkerung in Entwicklungsländern kostenlos in die Benutzung des Internets und in Informationstechnologien insgesamt einführen sollen.

«Freiheit statt Sozialismus»

Blocher legt «Aufruf an die Sozialisten in allen Parteien» vor

ZÜRICH: Unter dem Titel «Freiheit statt Sozialismus» heizt Christoph Blocher in einem 24-seitigen Grundsatzpapier die von ihm gestartete «Totalitarismusdebatte» weiter an. Im Visier hat er vor allem die SP, die scharf reagiert. Kritik kommt auch von bürgerlicher Seite.

Nationalsozialismus, Faschismus und Sozialismus hätten gemeinsame geistige Wurzeln, lautet die zentrale These des in einer Auflage von – zunächst – 20 000 Exemplaren gedruckten Referats, das der Zürcher SVP-Nationalrat am Montag den Medien vorstellte. Alle diese Ideologien hätten als Ziel eine möglichst unbeschränkte Staatsmacht.

Blocher, der sich nicht im Namen der SVP, sondern als Privatperson äusserte, verhehlte nicht, dass seine Thesen nicht neu sind. Die Zeit sei aber offenbar reif, um darüber zu diskutieren.

Im Januar hatte Blocher in seiner Albigüetlirede die SP massiv angegriffen. Die Sozialisten, die so leichtfertig mit Faschismusvorwürfen um sich würfen, ständen «mit der Vergötterung des allumfassenden Staates, der Überbetonung des Kollektivs und der Missachtung der Freiheit des Einzelnen» dem faschistischen Weltbild weit näher als die SVP.

Weil sich die SVP nicht von Blochers Aussage distanzieren wollte, liess die SP die Bundesratsparteiengespräche im Vorfeld der Von-Wattenwyl-Gespräche platzen.



Christoph Blocher heizt die «Totalitarismusdebatte» weiter an.

Das «süsse Gift» Sozialismus

Nationalismus und Faschismus seien militärisch niedergekämpft und danach gesetzlich geächtet worden, präzisiert Blocher nun im neuesten Papier. Der Sozialismus habe aber lediglich «einen wirtschaftlichen und intellektuellen Bankrott» erlebt und könne jederzeit und über-

rall wieder auferstehen. Das Pamphlet richtet sich zwar «an die Sozialisten in allen Parteien», in Blochers Schusslinie ist aber vor allem die SP Schweiz, die sich immer mehr von einer reformerischen Sozialdemokratie entfernt und zur sozialistischen Partei gewandelt habe. Totalitäre Tendenzen sieht Blocher über-

rall in der heutigen Schweizer Politik, von den Steuervorstössen der SP bis zur Verkehrshalberungsinitiative. Als «äusserst problematisch» bezeichnete er die Tendenzen von Regierung und Verwaltungen, in Abstimmungskampagnen einzugreifen.

SP: «Intoleranz»

Nichts Überraschendes lautet der Tenor bei den Bundesratsparteien auf Blochers neuesten Wurf. Blocher organisiere eine «systematische Hetzkampagne gegen alle, die auch nur in kleinen Fragen anders denken», hiess es bei der SP. Die Schrift zeuge von «Intoleranz» und von Unfähigkeit zum Dialog. Dies sei nicht neu, zeige aber «unterdessen schon krankhafte Züge». «Dem Traktätchen haftet der Geruch des Sektiererischen an», kritisiert die CVP. Die Partei plädiere zwar auch dafür, dass der Einzelne selbstverantwortlich handle, so die CVP. Wenn jeder nur noch für sich schaue, führe dies zu einer Ellbogengesellschaft. Dies widerspreche den Ideen der CVP.

FDP: Ablenkungsmanöver

Von einem Ablenkungsmanöver spricht die FDP. Blocher lenke damit von der eigentlichen Debatte ab, die er führen müsste, nämlich, was er im Schilde führe. Blocher kämpfe gegen eine überholte Ideologie. Von der SVP selber war am Montag keine Reaktion auf Blochers Traktat zu erhalten. Blocher habe die Schrift unter seinem Namen veröffentlicht, sagte SVP-Parteipräsident Ueli Maurer.

Bundesrat Ogi in Grossbritannien

London begrüsst Öffnung der Schweizer Sicherheitspolitik

LONDON: Grossbritannien begrüsst die Öffnung der Schweizer Sicherheitspolitik. Dies sagte der britische Verteidigungsminister Geoff Hoon am Montag anlässlich eines zweitägigen Besuchs von Bundesrat Adolf Ogi in London.

Hoon habe insbesondere die Stationierung von Schweizer Soldaten im Rahmen der SWISSCOY im Kosovo gelobt sowie den Helikoptereinsatz «Alba» in Albanien, sagte Martin Bühler, Sprecher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), gegenüber der Nachrichtenagentur sda. Ogi und Hoon erörterten die sicherheitspolitische Lage in Europa und besprachen Fragen von bilateralem Interesse. Das Gespräch habe die Freundschaft zwischen beiden Ländern zum Ausdruck gebracht, sagte Bühler. Dem Schweizer Verteidigungsminister sei ein warmer Empfang bereitet worden. Am Nachmittag hielt Ogi im Königlichen Institut für Verteidigungsstudien einen Vor-



Ogi (links) und Hoon erörterten die sicherheitspolitische Lage in Europa und besprachen Fragen von bilateralem Interesse.

trag über die schweizerische Sicherheitspolitik 2000. Dabei erläuterte er das Konzept «Sicherheit durch Kooperation». Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik werde immer notwendiger, sagte Ogi. Die Schweiz sei keine Insel. Der Bundesrat wolle, dass die Schweiz bei Friedenseinsätzen ein vollwertiger Partner sei und strebe deshalb auch die Bewaffnung der Soldaten zur Selbstverteidigung an.

Audienz bei Prinz Charles

Ogi besuchte am Montag auch das Internationale Institut für Strategische Studien. Die Jahreskonferenz dieses Instituts wird laut Bühler 2001 in Genf stattfinden. Am Abend war ein Treffen Ogis mit Mitgliedern der britisch-schweizerischen Parlamentariergruppe sowie ein Empfang durch Europaminister Keith Vaz im Lancaster House geplant. Am Dienstag folgt nach einem Gespräch mit dem Staatssekretär für Kultur, Medien und Sport, Chris Smith, eine Audienz bei Prinz Charles.

Keine US-Truppen nach israelischem Abzug

Treffen von Levy und Annan am Dienstag

JERUSALEM: Der amerikanische Verteidigungsminister William Cohen hält die Stationierung von US-Truppen in Südlibanon nach dem für Juli geplanten israelischen Abzug für unwahrscheinlich.

Er sagte am Montag nach einem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak: «Ich glaube nicht, dass die USA in Südlibanon präsent sein werden.» Cohen war am Sonntag zu Beginn einer zweiwöchigen Reise durch den Nahen Osten in Israel eingetroffen. Er

wird unter anderem Jordanien, die Emirate, Kuwait und Saudi-Arabien besuchen.

Der libanesische Verteidigungsminister Chasi Saiter hatte am Wochenende die Stationierung syrischer Truppen in Südlibanon ins Gespräch gebracht, was von Israel als «völlig inakzeptabel» bezeichnet wurde.

Während der israelische Aussenminister David Levy in Jerusalem erste Sondierungen über eine internationale Puffertruppe für Südlibanon begann, erklärten führende sy-

rische und libanesische Regierungsvertreter in Damaskus, sie seien bereit zu einem Frieden mit Israel bereit, wenn Jerusalem die entsprechenden UNO-Resolutionen vollverwirkliche. Nach seinem Gespräch mit Cohen betonte Ministerpräsident Barak, er halte eine erhebliche Verstärkung der UNO-Blauhelmtuppen (UNFIL) in der so genannten Sicherheitszone nach dem Abzug für unnötig. Eine Eskalation der Lage sei nicht wahrscheinlich. «Israel ist der stärkste Staat in der Region. Ich glaube, nie-

mand würde es gegenwärtig wagen, sich mit uns zu messen.»

Israelische Aussenminister Levy kündigte jedoch an, er werde am Dienstag in Genf mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan zusammenkommen. Thema des Gesprächs wird die Aufstellung einer internationalen Schutztruppe für Südlibanon sein. In Damaskus erklärten Syriens Aussenminister Faruk el Schara und der libanesische Ministerpräsident Salim Hoss, beide Länder seien bereit, ihre Beziehungen zu Israel zu normalisieren.